

Verschwiegenheit kann auch rechtswidrig sein

Eine Kraftwerks-Schweigeklausel sorgte in Matrei für Streit. Der Grüne Brugger will für Informationen notfalls vor Gericht ziehen.



Dicke Luft in der Matreier Gemeindestube: Die laut Bürgermeister Andreas Köll „interne“ Sitzung zu Kraftwerksthemen fand doch nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Foto: Brunner

Von Catharina Oblasser

Matrei i. O. – Die als „intern“ angekündigte Gemeinderatssitzung in Matrei am Dienstag könnte folgenreich sein. Nicht nur, dass Bürgermeister Andreas Köll (VP) den Oppositionsführer Oswald Steiner wegen Kreditschädigung klagen will (die TT berichtete), dürfte wohl die Gerichte beschäftigen. Steiner hatte Köll ja sinngemäß unterstellt, Dokumente im Nachhinein abzuändern.

Doch auch ein anderes Thema der Sitzung, ein Abkommen mit dem Holzunternehmer Michael Theurl zu einem geplanten Isel-Kraftwerk, könnte ein Nachspiel haben. Denn der Bürgermeister wollte vom Gemeinderat eine Vereinbarung („Letter of Intent“) mit zivilrechtlich einklagbarer Verschwiegenheitsklausel über die Pläne an der Isel absegnen lassen. Begründung: Es soll verhindert werden, dass potenzielle Konkurrenten technische Planungsdetails für ihre eigenen Zwecke nutzen. Da aus der Klausel nichts wurde, beschlossen die Mandatäre schließlich mit neun zu acht Stimmen, den Bürgermeister zu Verhandlungen mit Unternehmer Theurl in der Kraftwerksangelegenheit zu ermächtigen.

Für den Grün-Politiker Sepp Brugger ist das alles ohnedies nichtig. „Es gibt ein Umweltinformationsgesetz, dass die Öffentlichkeit ein Anrecht auf Informationen hat, die

die Umwelt betreffen. Das gilt für alle Handlungen, die Auswirkungen auf die Umwelt und ihre Bestandteile haben“, erklärt er. Der Verwaltungsgerichtshof gab ihm bereits in einer anderen Matrieer Angelegenheit Recht: Zum geplanten Hubschrauber-Stützpunkt der Heli Tirol wollte Brugger gewisse Informationen, die der damalige Bezirkshauptmann Paul Wöll verweigerte. Das ist rechtswidrig, entschied das Höchstgericht. Inzwischen hat Brugger die gewünschten Unterlagen bekommen.

Seiner Meinung nach ist auch die Vereinbarung („Letter of Intent“) zwischen der Gemeinde Matrie und dem Holzunternehmer über das geplante Iselekraftwerk nichts, worüber geschwiegen werden darf. „Das ist eine Umweltinformation im Sinne des Gesetzes“, ist Brugger überzeugt. Auskünfte einfordern kann er in diesem Fall nicht bei der Bezirkshauptmannschaft, sondern direkt beim Bürgermeister bzw. bei der Gemeinde. Die explizite Ermächtigung Kölls, mit Michael Theurl zu verhandeln, hat laut Brugger keinen tieferen Sinn. „Das würde der Bürgermeister als Vertreter der Gemeinde Matrie ja ohnehin tun.“

Tiroler Tageszeitung, Printausgabe vom Sa, 17.11.2012